

356/04

PKW-Maut macht Autofahren teurer

Grüne: Oettingers Vorschläge interessant, aber nicht zu Ende gedacht

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer hat den Vorstoß des CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl Günther Oettinger im Grundsatz begrüßt: „Was nichts kostet, ist nichts wert. Auf kostenlosen Straßen wächst deshalb der Stau. Nutzerfinanzierung von Straßen ist effizienter und gerechter als Steuerfinanzierung, aber der Teufel steckt im Detail.“

Entscheidend ist für Palmer, die Höhe der Kilometergebühren: „Wenn Oettinger davon redet, die KFZ-Steuer durch eine Maut zu ersetzen, ist das Augenwischerei. Der Erhebungsaufwand der Maut lohnt sich nicht für die vergleichsweise geringen Einnahmen aus der KFZ-Steuer. Wer eine Maut will, muss den Leuten ehrlich sagen, dass Autofahren dann erheblich teurer wird.“

Das gilt aus Palmers Sicht auch, weil der Staat sich sonst die Unterhaltung des bestehenden Straßennetzes nicht mehr leisten kann: „Die Schlaglöcher in den Landesstraßen werden seit zehn Jahren immer größer, weil das Geld zur Sanierung fehlt. Im Haushaltsjahr 2005 nimmt das Land Sonderkredite auf, um Reparaturen zu bezahlen. Der Staat benötigt zusätzliche Maut-Einnahmen, um das Straßennetz zu erhalten.“

Unter Umweltgesichtspunkten ist eine PKW-Maut für Palmer ein zweiseitiges Schwert: „Die KFZ-Steuer dient dazu, moderne Abgastechnik in den Markt zu bringen. So soll zum Beispiel der Rußfilter steuerlich gefördert werden. Wenn dieses Instrument entfällt, brauchen wir schärfere Abgasnormen.“

Oettinger muss aus Sicht der Grünen noch beweisen, dass sein Vorstoß mehr als nur ein Profilierungsversuch ist: „Wenn die KFZ-Steuer wie geplant an den Bund übergeht, kann sie abgeschafft werden. Damit können die Länder 6000 Stellen einsparen. Kurzfristig geht das nur, wenn die Mineralölsteuer entsprechend erhöht wird. Das führt zu mehr Tanktourismus, den eine Maut vermeiden kann. Technisch und EU-rechtlich ist eine PKW-Maut aber nur mittelfristig eine Option. Günther Oettinger muss seine Pläne konkretisieren und bei Bund und EU vortragen, wenn sie etwas bewirken sollen.“